

Strategie-Diskussionsgrundlage ARGE-Brückenschlag 2015

1. Ausgangslage
2. Interne Rahmenbedingungen
3. Vorliegende Grundsatzpapiere
4. Politische Positionen und zeitlicher Konnex
5. Öffentlich wirksame Instrumente und Partner der ARGE Brückenschlag
6. Botschaften
7. Adressaten der Botschaften
8. Kommunikationsmittel
9. Kommunikationsziele
10. ARGE in Zukunft

1. Ausgangslage:

Nach dem Vorliegen der vom Landtag im Herbst 2014 in Auftrag gegebenen Studien und Expertisen zum Brückenschlag bzw. zu dessen Machbarkeit konnte/wollte sich die ÖVP um HLH Platter auf den Standpunkt zurück ziehen, es sei eine rechtliche Entscheidung gewesen und keine politische – was mittlerweile mehrfach auch aus rechtlicher Sicht widerlegt ist. Zudem hat der Landtag in seinen Prüfaufträgen nicht gefragt, was getan werden muss, um den Brückenschlag zu ermöglichen, sondern er hat die Unterlagen einseitig und ohne Spielraum zur „Prüfung“ gegeben.

Fakt ist daher, dass die Wirtschaftlichkeit vom Gutachten bewiesen und untermauert wurde.

Fakt ist weiters, dass die beihilfenrechtlichen Rahmenbedingungen seitens der Gutachter bestätigt wurden.

Fakt ist auch, dass die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen, sowie die Machbarkeit des Brückenschlags nicht seitens der Republik in Frage gestellt wurden, und dass Univ. Prof. Hilpold eindeutig bestätigt hat, dass der Brückenschlag und die dafür notwendigen legislatischen Schritte sehr wohl völkerrechtskonform abzuwickeln sind!

Seitens der anderen im Landtag vertretenen Parteien ist der Zugang zum Brückenschlag durchaus ambivalent. Dies ist einerseits auf sachliche Unkenntnis (bewusst oder unbewusst), andererseits auf klare populistische Zugänge der Gruppierungen zurückzuführen! Näheres dazu unter 4.

Die mit dem Brückenschlag befassten NGOs sehen die Schlacht als geschlagen und sehen sich als „Sieger“ ...

2. Interne Rahmenbedingungen in der ARGE Brückenschlag

Die teils erheblichen finanziellen Aufwendungen der einzelnen ARGE-Mitglieder sowie der kräftezehrende Prozess der vergangenen Jahre bringt die ARGE-Vertreter zusehends unter Druck.

Die 2016 ins Haus stehenden Gemeinderatswahlen üben in Beziehung auf die ARGE-Brückenschlag massiven Druck auf die Bürgermeister aus. Hier gilt es, die Proponenten der ARGE zu entlasten, und den Brückenschlag und die damit verbundenen Kosten möglichst nicht zum Thema der bevorstehenden Gemeinderatswahlen zu machen! Das Thema Brückenschlag wäre von seiner Öffentlichkeitswirksamkeit her so stark, dass alle anderen Themen Gefahr laufen, zu kurz zu kommen oder gar unterzugehen!

In den Tourismusverbänden ist, was den Brückenschlag anbetrifft, ebenfalls eine bestimmte Unruhe zu erkennen - speziell was weitere finanzielle Engagements betrifft.

Die Unternehmen haben in den letzten Jahren viel Zeit und auch Geld investiert, um Unterlagen beizubringen, Studien zu begleiten, etc....

Grundsätzlich kann zudem festgestellt werden, dass keine maßgeblichen weiteren Trassen und Machbarkeitsstudien notwendig erscheinen — auch, da sich die ARGE bei ihrer letzten Zusammenkunft klar und eindeutig gegen ein Abgehen von der projektierten Trassenführung ausgesprochen hat.

Auch was die strategische und kommunikative Begleitung betrifft, ist im Anschluss an die „Highlights“ vom Herbst 2015 von einer Beruhigung auszugehen!

3. Vorliegende Grundsatzpapiere

- A) Komplette Analyse des betroffenen Naturraums
- B) Trassen-Analyse und Machbarkeit sowie technische und logistische Umsetzbarkeit
- C) Wirtschaftlichkeits-Nachweis
- D) Beihilfen - Rechtliches Rahmenwerk und Verteilungsschlüssel
- E) Studie Zegg zur Zukunft des Großraums Innsbruck und seiner Bergbahnen
- F) Memo Wallnöfer zur Alpenkonvention
- G) GAW-Studie zur Wertschöpfung und zu den Arbeitsplatzeffekten des Brückenschlags

- H) Studie Hilpold zur völkerrechtlichen Umsetzbarkeit des Brückenschlags
- I) Studie Pröbstl-Haider zum Brückenschlag

4. Politische Positionen und zeitlicher Konnex

ÖVP:

- Hat grundsätzlich einstimmig im Landespartei Vorstand für den Brückenschlag gestimmt.
- Wurde von VP-Obmann und LH Platter mehrfach und verschiedenen Seiten „zugesagt“ bzw. „versprochen“.
- Die rechtliche Ermöglichung wurde primär seitens der VP in Aussicht gestellt, dann „extern“ überprüft und damit letztlich ein Exit-Szenario gesucht.
- Es wird versucht, aus einer rein politischen Entscheidung (bzw. Entscheidungshemmung) ein juristisches Problem zu machen — die Schuld wird von sich geschoben. Zeitgleich wird beteuert, immer hinter den Regionen gestanden zu haben...
- Innerparteilich ist das Projekt von der AAB-Seite her als durchaus kritisch einzustufen.
- Die Ermöglichung des Brückenschlags wird intern und extern als Risiko für die Schwarz-Grüne Koalition eingestuft
- Eine Realisierung würde - wenn nicht die Koalition sprengen - zumindest ein Aufrücken von KO Maier mit sich bringen. Dies ist aus VP-Sicht jedenfalls zu vermeiden

Grüne:

- Sehen sich als Sieger in der Auseinandersetzung...
- Versuchen, den Brückenschlag als Symbol zu stilisieren
- Werden den Brückenschlag - voraussichtlich - als ihr Wahlkampfthema für die GR-Wahlen 2016 verwenden
- Werden von ihrer grundsätzlichen und fundamentalistischen Ablehnung nicht abrücken - das tun sie anderweitig zu oft und müssen sich dies auch immer wieder vorwerfen lassen.

SPÖ:

- Der schwache Vorsitzende Mayr ist fieberhaft auf der Suche nach Themen, um sich profilieren zu können und hat sich unter anderem den Brückenschlag ausgesucht
- Obwohl nachweislich Arbeitsplätze gestiftet werden — und das nicht nur im Tourismus — gibt es in der Arbeitnehmer-Partei (Gewerkschaft) ablehnende Positionen.
- 2014 wurde von einem Parteirat der Brückenschlag abgelehnt.
- Im Landtag sind Dornauer, Pupp, Blaniak und Reheis eher dem „Pro-Lager“ zuzuordnen.
- Als Partei, die ihren Standort „sucht“ und wenig Profil hat, wird auch der Brückenschlag immer wieder heftigst diskutiert...

FPÖ:

- Als einzige Partei ausserhalb der ÖVP hat sich die FPÖ klar für den Brückenschlag ausgesprochen.
- Die FPÖ-Führung um Markus Abwerzger hat die von der ARGE aufbereiteten Unterlagen analysiert und auch bei anstehenden Abstimmungen im Tiroler Landtag klar zum Ausdruck gebracht, für eine Ermöglichung des Brückenschlag zu stimmen!
- In der Region gibt es einzelne „regionale“ FP-Vertreter die aus persönlichen Gründen sich bisweilen gegen den Brückenschlag aussprechen!

Impuls Tirol:

- KO Hans Lindberger ist grundsätzlich, wie auch der Rest der Fraktion, für den Brücken schlag.
- Lindberger ist jedoch nach Vorliegen der „Prüf ergebnisse“ überzeugt, sein Vorschlag, das Ganze überprüfen zu lassen, sei der richtige...

Liste Fritz:

- Hat sich aus politischen Gründen - angeleitet von internen „Strategen“ - gegen eine Ermöglichung ausgesprochen
- LA Brugger hat wohl erkannt, dass sich Eingriff und Nutzen des Brückenschlags perfekt ergänzen und dies auch mehrfach durchklingen lassen. Der Justament-Standpunkt ist hier jedoch stärker.
- KO LA Haselwanter-Schneider ist trotz mehrfacher Info-Termine der Ermöglichung negativ gesonnen.
- Von einer offiziellen „Befürwortung“ ist nicht auszugehen.

LA Andrea Krumschnabel

- Hat das Projekt trotz intensiver Information und zweier Besuche in der Region nicht in der tatsächlichen Tiefe und Umfang erfasst...

5. Öffentlich wirksame Instrumente und Partner der ARGE Brückenschlag

A) Partner

1. Kernmitglieder der ARGE-Brückenschlag inkl. Stadt Innsbruck (BGM COP)
2. WKT-Seilbahn-Obmann und Sparte Tourismus - Obmann Franz Hörl
3. WKT-Landesorganisation
4. Stakeholder wie Andreas Mader oder Flo Orley

B) Öffentlich wirksame Instrumente



zbC³
 beilein zanon

1. Medientermine mit neuen Erkenntnissen zum Thema Brückenschlag
2. Vor-Ort-Diskussionen zum Themenbereich und zu den neuen Erkenntnissen rechtlicher Natur!
3. Informationen bei Entscheidungsträgern und Meinungsbildnern zu den wahren Hintergründen des Brückenschlags
4. Die Publizierung und „Verteidigung“ neuer Erkenntnisse im WWW und auf den gängigen sozialen Medien
5. Die Einbindung lokaler Initiativen (JVP-Fulpmes)

6. Botschaften:

- Der Brückenschlag ist und bleibt die **einzig** sinnvolle und wirtschaftlich rentable Möglichkeit, wertvolle Infrastruktur für Innsbruck und das Westliche Mittelgebirge dauerhaft und ohne ständige Zuschüsse der öffentlichen Hand abzusichern.
- Der Brückenschlag ist die logische und sinnvolle Chance, der Tourismusdestination Stubai eine Innovation im Sinne eines konkurrenzfähigen Angebotes für die Winterhauptsaison zu geben.
- Der Brückenschlag ist ein minimaler Eingriff in den Naturraum, der maximalen Nutzen generiert und auf Tier- und Pflanzenwelt keine negativen Auswirkungen hat
- Durch den Zusammenschluss dreier Skigebiete und Seilbahnen entsteht, ohne neue Pisten anlegen zu müssen, ein international konkurrenzfähiger Skiraum.
- Alle Studien und Gutachten zum Projekt zeigen klar und deutlich, dass der Brückenschlag alternativlos ist.
- Die Mitglieder der ARGE-Brückenschlag erkennen, dass aus politischen Gründen die Einhaltung von gegebenen Zusagen seitens HLH Platter et.al. nicht möglich ist. Der Brückenschlag wird dennoch nicht ad acta gelegt, sondern aus purer Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit weiter verfolgt.
- Die **Zeit**, in der eine Ermöglichung des Brückenschlags aus politischen Gründen nicht möglich ist, kostet die Unternehmen und die öffentliche Hand Millionen — dennoch wird an beiden Enden des Brückenschlags intensiv an den beiden Widerlagern gearbeitet.
- Der Brückenschlag ist nicht an rechtlichen Rahmenbedingungen gescheitert sondern an der aktuellen politischen Konstellation und Polit-Dynamik. Sinnvoll bleibt sinnvoll — auch wenn es den aktuellen Mandatsträgern nicht in die selbstgewählte Strategie passt.
- Die Mitglieder der ARGE-Brückenschlag bleiben Teil der Arbeitsgemeinschaft, die auch in Zukunft besteht und den Rahmenbedingungen entsprechend das Projekt weiter verfolgt. Die Intensität wird eben diesen Rahmenbedingungen angepasst.

7. Adressaten der Botschaften

Prolog:

Lift- und Seilbahnprojekte sind in der zunehmend urban geprägten Gesellschaft des Großraums Innsbruck und des zentralen Tiroler Inntals grundsätzlich negativ konnotiert. Zudem ist es das übliche Verständnis vieler Innsbrucker, dass man nur in den großen Skischaukeln der Seitentäler „richtig“ Skifahren kann.

Zudem gibt es gesellschaftspolitisch geschürte und politisch instrumentalisierte Vorurteile und kollektive Aversionen gegen die Seilbahnwirtschaft und deren Vertreter im Allgemeinen.

So wurden aus bürgerlichen Kreisen, die stark auf ihre wirtschaftliche Komponente setzen, zunehmend „grün“ denkende Schichten, die – durchaus mit einer selektiven Wahrnehmung versehen – grundsätzlich gegen jede Art des Eingriffs in die Natur sind.

Diese „Bildungsbürger“ und wertekonservativen Kreise gilt es – neben den politischen Entscheidungsträgern und Ständevertretern und der breiten Bevölkerung – weiter und konsequent über den Brückenschlag zu informieren und festgefahrene Vorurteile zu bearbeiten!

Die Mitglieder der ARGE-Brückenschlag haben erkannt, dass der Brückenschlag der Strategie der Regierungskoalition widerspricht – müssen aber dennoch das nunmehr bewiesenermaßen einzig sinnvolle Verbindungsprojekt im Tiroler Zentralraum weiter verfolgen – beharrlich, aber nicht ohne die politischen Realitäten aus den Augen zu verlieren.

1. Politik: Ob der Fülle von Themen oder grundsätzlichen Desinteresses gilt es, die politischen Mandate und Bezirksvertreter weiter über den Verlauf und die Fakten zum Brückenschlag als auch über neue Erkenntnisse zu informieren.
2. Kammer- und Interessenvertreter
3. Meinungsbildner und Bevölkerung von Innsbruck und dem Umfeld: Hier gilt es besonders die Infrastrukturkomponente zu kommunizieren und zu hinterfragen, ob es sinnvoll ist, Millionen in Bürgermeister-Bahnen (Glungezer, Rangger Köpfl) zu investieren, wo dann jedes Jahr wieder extrem viel Steuergeld hinein gezahlt werden muss?
4. Stubai: Die Meinungsbildung im Sinne des Brückenschlags ist weiter zu führen und die rechtliche Machbarkeit ist zu kommunizieren.
5. Landespolitik: Die ARGE lässt jene, die nun darauf hoffen, dass Ruhe einkehrt, wissen: Der Brückenschlag wird von den relevanten Spielern maßvoll, aber konsequent weiter verfolgt. Und es wird auch immer wieder darauf hin gearbeitet, neue Erkenntnisse zu kommunizieren und alte Wahrheiten zu wiederholen!

8. Kommunikationsmittel:

- a) Pressekonferenzen – z.B.: Studie Pröbstl-Haider, Gutachten Mayer
- b) Vor-Ort-Infos: Infotafel, Aushänge etc.
- c) WWW: auf den Websites der Seilbahnen
- d) Soziale Medien: SkiersParadise wird weiter bespielt und bearbeitet - low level
- e) Info- und Diskussionsabende vor Ort in Kooperation mit der WKT (Hilpold, weitere Experten und vor allem ARGE-Vertreter)
- f) Universitäre und politische Diskussionen - am Beispiel Brückenschlag...

9. Kommunikationsziele:

1. Die Verankerung, dass einer Realisierung des Brückenschlags keine Unzulänglichkeiten der ARGE oder der Grundlagen zu Grunde liegen, sondern ausschließlich politische Gründe - trotz mehrfacher Zusagen!
2. Die Botschaft über die wirtschaftliche und infrastrukturelle Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des Brückenschlags bei sonstigem Verlust wesentlicher Infrastruktur und touristischer Wettbewerbsfähigkeit!
3. Kommunikation aller Studien bzw. der Inhalte — alle Studien belegen: Der Brückenschlag ist das richtige Projekt am richtigen Ort — somit war und ist es richtig, diese Grundlagen zu schaffen.
4. Es war nicht die ARGE, die diese Studien gefordert hat, sondern Platter und die Landespolitik hat diese Nachweise gefordert — wohl in der Hoffnung, dass die Hürden zu hoch sein werden!
5. Die ARGE wird weiter daran arbeiten, die Argumentation von der rechtlichen Unmöglichkeit des Brückenschlags zu widerlegen und dazu zu geeigneter Zeit kompetente Gutachten und Studien - zusätzlich zu den schon vorhandenen - vorlegen und öffentlich kommunizieren.
6. Die Mitglieder der ARGE-Brückenschlag haben erkannt, dass der Brückenschlag der Strategie der Regierungskoalition widerspricht - müssen aber dennoch das nunmehr bewiesenermaßen einzig sinnvolle Verbindungsprojekt im Tiroler Zentralraum weiter verfolgen - beharrlich, aber nicht ohne die politischen Realitäten aus den Augen zu verlieren.

Ziel: Der Brückenschlag ist mittelfristig umzusetzen und dazu muss auch in der Zeit des „Aktiven Standby“ die Botschaft vom Brückenschlag beharrlich und konsequent - ohne jedoch penetrant zu werden - erzählt und verbreitet werden. Öffentlichkeit und Entscheidungsträger müssen wissen: Die ARGE gibt nicht auf. Dies weniger aus Sturheit sondern vielmehr, da der Brückenschlag schlicht Sinn macht und alternativlos ist!

10. Die Arge in Zukunft

- a) Bleibt als ARGE bestehen
- b) Geht in einen „Aktiven Standbymodus“
- c) zbc3 wird weiter unter massiv reduziertem Kostenaufwand die Lage scannen und die ARGE nach Maßgabe der Mittel und Zeit informieren bzw. die ARGE bei Notwendigkeit reaktivieren!
- d) ARGE wird gezielt und wohllosiert öffentlich auftreten
- e) ARGE ist jedoch bereit und willens, jederzeit voll aktiv zu werden und die „Sinnvollen Projekte“ umzusetzen!

Nächste Schritte:

1. PK — Studie Pröbstl-Haider inkl. Prof. Hilpold 28.8.2015
2. Anschreiben an alle im Landtag vertretenen Gruppierungen und Parteien über die neuen Erkenntnisse
3. Anschreiben und Erläuterungen des Status Quo an die Mandatsträger und Standesvertreter einzeln
4. Persönliche Termine einzelner
5. Diskussionsveranstaltungen und Runde Tische in den Regionen
6. Öffentliche Vorstellung der Mayer-Studie sowie Kommunikation der Ergebnisse
7. Kommunikation der gesammelten Ergebnisse

Strategische Planung:

• 2015 - bis GR-Wahlen 2016 -

1. In diesem Zeitraum gilt es das Thema möglichst aus dem Fokus der Wahlauseinandersetzung zu halten - obwohl die Grünen und Teile der GR-Opposition sicher immer wieder den Brückenschlag thematisieren werden
2. Wesentliche Botschaft die von WKT und Experten zu kommunizieren ist: Der Brückenschlag ist rechtlich möglich, rechnet sich, ist die einzige Möglichkeit und wird von vielen Menschen (Gästen wie Einheimischen) nachgefragt.
3. Die Millionen die in andere Projekte, wie dem Brückenschlag investiert werden, können angesprochen und hinterfragt werden - „immerhin geht es da um öffentliches Geld bzw. sogar Steuermittel“

• 2016 - 2018

1. Nach den GR- Wahlen ist asap eine Bestandsaufnahme unter den neuen bzw. wiedergewählten Bürgermeistern zu machen und deren Position zum Brückenschlag ist abzufragen
2. Die bekannten und die neuen Argumente zum Brückenschlag sind zu sammeln und auf allen Ebenen (nach Maßgabe der Mittel) zu kommunizieren
3. Die Stakeholder-Runden müssen wiederholt werden und vor den LT-Wahlen ist in diesem Fall ein klares Statement der Landespolitik einzuholen - bei echten Konsequenzen die im Fall einer Ablehnung oder weiteren Verzögerung umgesetzt werden!
4. Der Brückenschlag ist konsequent als „einzig sinnvolle, attraktive und wirtschaftliche Zukunftschance“ zu verankern
5. Der Brückenschlag wird auch wieder zeitgerecht vor den LT-Wahlen mit jenen Kräften diskutiert, die zur Realisierung beitragen können - Zusagen sind schriftlich bzw. öffentlich zu tätigen... (offen ist die Position der Bürgermeister der Landespolitik gegenüber)